

Angst vor Mehrkosten

Die Auflösung des Zweckverbands Altenheim könnte für die Gemeinden teurer werden

Dänischenhagen. Die Auflösung des Zweckverbandes Altenheim Gettorf führte zu Diskussionen in der Gemeindevertretung Dänischenhagen am Donnerstag. Letztendlich wurde dem Vertrag doch zugestimmt.

Von Friederike Hiller

Bürgermeister Wolfgang Steffen (CDU) erklärte, dass Dänischenhagen 31 404 Euro bei der Auflösung des Zweckverbands im Haushalt 2012 bereitstellen müsste. „Wenn wir jetzt nicht aussteigen, kann es unheimlich teuer werden. Jetzt haben wir die Chance“, warnte Steffen davor dabei zubleiben. Die Anlage würde sich vergrößern, und er rechne mit einem gewaltigen Anstieg der Kosten.

Horst Mattig (SPD) zeigte sich bestürzt, dass die Gemeinden des Zweckverbands

insgesamt rund 900 000 Euro „dazupacken müssen, um es loszuwerden“. 3,9 Prozent der Summe trage die Gemeinde Dänischenhagen. Zudem könne es sein, dass weitere 1,6 Millionen Euro für Zusatzversicherungen hinzukommen könnten.

Hans-Joachim Schröder (CDU) warf ein, dass es ihm auch lieber wäre, wenn es die Option nicht gäbe, das Risiko von 1,6 Millionen Euro zusätzlicher Kosten tragen zu müssen. „Wir können zwar unseren Unmut darüber zum Ausdruck bringen, das wird aber an der Tatsache nichts

ändern. Der Zweckverband hat beschlossen, sich aufzulösen.“ Tim Gabrys (WIR) las den Vertragstext vor, in dem aufgeführt ist, dass von den Zusatzkosten bisher nicht auszugehen ist. Thomas Waldeck (SPD) beantragte, die Diskussion zu vertagen, um ein Gutachten über die möglichen Zusatzkosten anzusetzen. Peter Backen (CDU) betonte, dass das nicht viel weiter helfen werde. Darüber werde im Verband noch weiterverhandelt. Für den Antrag gab es keine Mehrheit.

Ursula Witt (SPD) fragte nach, wie viel Prozent von den 1,6 Millionen Euro Dänischenhagen tragen müsse. Mattig wunderte sich über die Antwort, dass die Kosten auf alle 17 Beteiligten gleichmä-

Big verteilt werden. Er beantragte, der Auflösung grundsätzlich zuzustimmen, aber den öffentlich-rechtlichen Vertrag zurückzustellen. Auch für diesen Antrag gab es keine Mehrheit. Daher beschlossen die Gemeindevertreter die Auflösung mit dem vorgelegten Vertrag.

Weiterhin wurde beschlossen, für das **Dorffest** 5000 Euro zur Finanzierung bereitzustellen und mit einem eventuellen Überschuss das Defizit vom vergangenen Fest (1000 Euro) auszugleichen. Das **Abwasserbeseitigungskonzept** wurde abgesegnet. Eine **Behindertentoilette** soll im Sportheim eingerichtet werden. Ein Gremium soll zu den Mehrkosten für den Neubau der **Krippe** tagen.